



ヘーゲル左派における政治的理念の現実化：
エドガー・バウアーのドイツ市民革命への参加に関
する考察を中心にして

メタデータ	言語: English 出版者: 北海道教育大学 公開日: 2008-05-21 キーワード: 作成者: 田村, 伊知朗 メールアドレス: 所属:
URL	https://doi.org/10.32150/00005377

Verwirklichung der politischen Philosophie bei dem Junghegelianer Edgar Bauer ——Seine Teilnahme an der Deutschen Revolution im Jahre 1848

Ichiro Tamura

Department of Political Science, Hakodate Campus,
Hokkaido University of Education

ヘーゲル左派における政治的理念の現実化 ——エトガー・バウアーのドイツ市民革命への参加に関する考察を中心にして

田村 伊知朗

北海道教育大学函館校政治学研究室

I.

In dieser Abhandlung soll untersucht werden, in welcher Weise einer der Junghegelianer, Edgar Bauer, an der Berliner Revolution und der Deutschen Revolution im Jahre 1848 teilnahm und welche politischen Handlungen er ausführte.

Folgt man der allgemeinen Ansicht, so standen die linken Hegelianer im Allgemeinen während der Berliner Revolution im Jahre 1848 abseits. Und die Berliner Junghegelianer „sonnten sich allzu selbstgefällig in dem Ruhme, den ihnen das Verbot ihrer zum Teil doch nicht welterschütternden radikalen Schriften in den kleinen Kreisen eintrug.“¹ Obgleich sie im Vormärz als die theoretischen Führer der Oppositionsbewegungen die volle Aufmerksamkeit auf sich zogen, nahmen sie an den wirklichen Revolutionen nicht aktiv teil. Besonders hervorzuheben ist an dieser Stelle wohl die Problematik bei der Interpretation der theoretischen Wende Bauers im Jahre 1844, dass sich das Volk als Subjekt der Gesellschaftsreform in dieser Theorie selbst ins Gegenteil, zum Spießbürger hin, wandelte. Man vermutete auf seiner theoretischen Wendung, dass er sich an der bürgerlichen Revolution nicht aktiv beteiligte.

Aber es steckt noch eine komplizierte Problematik in dieser vulgären Interpretation der philosophischen Wendung Bauers. Es handelt sich bei der Veränderung des Volksbegriffes um die notwendige Vertiefung seines dialektischen Verständnisses. Obwohl seine kritische Theorie vor dem Jahre 1844 das Volk als Antithese zur Regierung als These betrachtete, stellt sie im Jahre 1844 die Fähigkeit des Volkes als Antithese, d. h. seine Fähigkeit zur Veränderung der Gesellschaft, in Frage. Sie betrachtet das Volk nun als ein Element der bestehenden Gesellschaft, dem es die Fähigkeit zur Veränderung nicht mehr direkt zutraut. Ziel dieser Theorie ist es, zu erklären, warum

Volk und Regierung eine Einheit bilden.² Für die Synthese auf einer höheren Stufe ist es notwendig, die Beziehungen und die gegenseitige Abhängigkeit von These und Antithese durch die Kritik zu verdeutlichen. Damit die Antithese das Selbst der These entgegensetzen kann, muss die Identität beider aufgehoben werden. Von großer Wichtigkeit ist dabei nicht der Gegensatz von Regierung als These und Volk als Antithese, sondern die Verdeutlichung der komplementären Beziehung zwischen beiden.³ Damit ist es möglich, das neue Subjekt für die Gesellschaftsreform herauszubilden, das dem modernen Selbstbewusstsein entspricht.

Also führt die theoretische Wende Bauers nicht zur vollständigen Negierung jedes Begriffes einer gesellschaftlichen Umwälzung durch das Volk. Wie in der vorliegenden Abhandlung deutlich wird, ist Edgar Bauer, wie die vielen anderen Theoretiker der Hegelschen Linken, als ein einflussreicher Führer in der Berliner Revolution aufgetreten. Diese Forschung beschränkt sich auf die Erklärung der tatsächlichen Handlungen Bauers in dieser Zeit auf Grund der historischen Quellen, um die unentbehrliche Voraussetzung für die grünliche Erklärung der theoretischen Wendung und des ganzen Gedankengangs vom jungen Edgar Bauer zu schaffen.

II.

Bei Ausbruch der deutschen Märzrevolution war E. Bauer „wegen Erregung von Missvergünungen gegen die Regierung, Beleidigung der Religionsgesellschaften und Majestätsbeleidigung“ in seinen Werken „Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat“ (1843) sowie „Die liberalen Bestrebungen in Deutschland“ (1843) auf der Zitadelle zu Magdeburg seit dem Jahre 1845 eingekerkert. Nach Beginn der Revolution erlangte er aufgrund einer Amnestie für politische Gefangene die Freiheit wieder und konnte bereits Mitte April zu seinem Bruder Bruno nach Charlottenburg und dann nach Berlin zurückkehren, wo die Revolution immer weiter voranschritt.⁴

In Berlin hielten die zahlreichen gesellschaftlichen Gruppen Versammlungen ab und reichten beim preußischen König oder bei der Stadtverwaltung Petitionen ein. Als Ort für ihre Zusammenkünfte wählten sie häufig das Lokal „Zelt“ im angrenzenden Tiergarten.⁵ Dieser bekannte Versammlungsort, der schon in der Zeit des Vormärz der Antiregierungsbewegung von Gruppen wie „Lichtsfreunde“ als Basis diente, wird auch in der Berliner Revolution zum Treffpunkt vieler Demokratiesierungsbewegungen. Die Mehrzahl der auf solchen Volksversammlungen angenommenen Petitionen ging nicht über das allgemeine Niveau der liberalen politischen Ideen hinaus, was durch Forderungen wie uneingeschränkte Pressefreiheit und sofortige Einberufung des Preußischen Landtags symbolisiert wird.⁶ Aber in Folge des Triumphes, den das Volk bei den Barrikadenkämpfen am 18. und 19. März über die preußische Armee erzielt hatte, schritt auch auf den Volksversammlungen im „Zelt“, die bis dahin von diesem relativ gemäßigten konstitutionell-monarchistischen Charakter geprägt waren, die politische Differenzierung weiter voran.

Die in der Berliner Revolution theoretisch führenden Parteien gehen aus den Versammlungen im „Zelt“ hervor. Es sind dies der „Konstitutionelle Klub“, der die Errichtung eines gemäßigt liberalen, konstitutionell-monarchistischen Systems fordert, und der „Politische Klub“, der darüber hinausgehende republikanische Bestrebungen verfolgt. Von den Hegelschen Linken gehören R. Prutz und K. Nauwerck dem ersteren sowie G. Jung, E. Meyen, L. Buhl u. a. dem letzteren an und spielen in

ihnen jeweils eine führende Rolle. Wenn man die Größe beider vergleicht, so hatte der „Konstitutionelle Klub“ 1500 Gründungsmitglieder, wogegen es beim „Politischen Klub“ mit 300 nur etwa ein Fünftel davon waren. Hinsichtlich des politischen Einflusses gab es zwischen beiden Ende März beträchtliche Unterschiede. Die Überlegenheit des „Konstitutionellen Klubs“ war offensichtlich.⁷

Diese Divergenz beruhte auf den Unterschieden in der Interpretation des Staates, wie ihn Hegel in seiner „Rechtsphilosophie“ beschrieben hatte, und war gleichzeitig auch darin begründet, dass innerhalb der Hegelschen Linken die Ansichten hinsichtlich der künftigen Gesellschaftskonzeption sowie deren aktuellen Gültigkeit verschieden waren. Die politische Gruppe, der Bauer nach seiner Rückkehr in Berlin angehörte, war nicht der „Konstitutionelle Klub“, der auf einen Kompromiss mit dem alten System ausgerichtet war, sondern der „Politische Klub“, der den Republikanismus zum Minimalprogramm erklärt hatte. Auf der Gründungsversammlung des „Politischen Klubs“ Ende März sagte Hoppe im Prospekt zu den Zielen folgendes: „Im Klub und Blatt müssen unverzüglich Vorschläge zu der Verfassung gemacht werden, welche auf so demokratischen Grundlagen als möglich beruhen soll; denn wir wollen unsere Seelen gerettet haben, wenn wir etwa eine Verfassung bekommen, die auf nach einigen Jahren wieder durch die Greuel und Opfer einer gewaltsamen Revolution umgestürzt werden müssen.“⁸ Diese politische Gruppe hatte es sich zum unmittelbaren Ziel gesetzt, eine moderne, auf völlig demokratischer Grundlage beruhende Verfassung zu verwirklichen. Dagegen bestand der „Konstitutionelle Klub“ auf einer gemäßigten Reform der bestehenden politischen Verhältnisse und zeigte einen Hang zum Liberalismus, wie er für die Zeit des Vormärz charakteristisch war: „Es ist deshalb wünschenswerth, einen dauernden Vereinigungspunkt für alle Bürger zu schaffen, denen es am Herzen liegt, auf dem Wege der Ordnung die Freiheit zu bewahren und zu befestigen.“⁹ Abgesehen von politischen Gruppen wie dem „Zentral=Komitee der Arbeiter“, die in der Gesellschaft die speziellen Interessen verfolgten, beschränkte sich die Anzahl der politischen Gruppen, die im damaligen Berlin theoretischen Einfluss auf die Massenbewegung ausübten, faktisch auf diese zwei. Ferner waren die meisten Theoretiker, die unter der Voraussetzung des Republikanismus im Hinblick auf die zukünftige Gesellschaft darüber hinausgehende Ideen vertraten, hauptsächlich im „Politischen Klub“ organisiert.

III.

Diese beiden politischen Gruppen des Berliner Reformflügels verstärken ihre Konfrontationshaltung gegenüber einer Wahlrechtsreform, wie sie im März vom Kabinett eingebracht und Anfang April auf der 2. Sitzung des Landtags beschlossen worden war. Im Brennpunkt stand dabei die Frage der Wahlform.¹⁰ Hier handelte es sich um das Problem, auf welche Weise Berliner Abgeordnete für die Frankfurter Nationalversammlung und die Berliner Nationalversammlung zu wählen seien. Bei der Frage um die Auswahl der Mitglieder für das Wahlkomitee spiegeln sich die Unterschiede zwischen den einzelnen politischen Gruppen wider. Für die Bildung eines „Berliner Volks=Wahlkomitees“ nahmen am 10. April 5000 Bürger im „Zelt“ an einer Volksversammlung teil. Auf dieser Versammlung wurden 20 führende Persönlichkeiten in das „Volks=Wahlkomitee“ gewählt. Dieses Komitee setzte sich hauptsächlich aus den prominenten Demokratietheoretikern des „Konstitutionellen Klubs“ sowie des „Politischen Klubs“ zusammen. Mit Ausnahme der Interessenvertreter der Handwerker, wie des Sekretärs des Handwerkervereins Riess sowie des Führers der Arbeiterverbrüderung S. Born,

gehörten zum „Konstitutionellen Klub“ K.Nauwerck und R.Prutz, zum „Politischen Klub“ u.a. G.Jung, und G.A.Schlöffel.¹¹ Gemeinsam hatte diese zentrale Kommission die Forderung erhoben, dass die Wahl der Abgeordneten für die Deutsche Nationalversammlung nicht indirekt durch Wahlmänner beschränkt, sondern uneingeschränkt und direkt durch das Volk zu erfolgen hatte. Am 13. April übergab die zentrale Kommission eine Petition des gleichen Inhalts direkt an den Kanzler Camphausen mit der Forderung nach Realisierung. Dieser aber wies diese Petition auf der Stelle ab. Als Grund nannte er, dass ein auf Direktwahl beruhendes Volksvertretungssystem auf einen Republikanismus ausgerichtet sei, der im Widerspruch zur Monarchie stehe.

Aufgrund dieser Ablehnung spaltete sich das „Volks=Wahlkomitee“ in der Frage nach den künftigen Richtlinien. Die bei Gründung des Wahlkomitees anfangs vorhandenen einheitsfrontmäßigen Unklarheiten wurden beseitigt, und die Interessen der einzelnen politischen Gruppen, nämlich des „Konstitutionellen Klubs“, des „Politischen Klubs“ sowie der Handwerker traten deutlich hervor. Einige Tage später, am 16. April, wurden auf der vom „Volks=Wahlkomitee“ abgehaltenen Versammlung neue Richtlinien angenommen. Danach sollten die vielen Bürger auf der Straße mobilisiert und die Petition am 20. April dem königlichen Palast nicht nur von Mitgliedern der zentralen Kommission, sondern von den Bürgern selbst übergeben werden. Offizielles Ziel der Petition war es, dass die Abgeordneten für die Nationalversammlung direkt durch das Volk gewählt werden sollten, aber es steckte noch eine andere Absicht dahinter. G.A.Schlöffel, der in diesem Wahlkomitee eine wichtige Rolle spielte, äußerte dazu folgende Vermutung: „dass, wenn man einmal vor dem Schlosse sei, man sich nicht mit den direkten Wahlen begnügen, sondern mehr verlangen müsse.“¹² Gemeint war damit nämlich eine weitere Radikalisierung des politischen Handelns. Die Berliner Bürger sollten zu Straßenkämpfen mobilisiert und die Volkssouveränität durch das Volk selbst erklärt werden. Das „Volks=Wahlkomitee“ wollte diese Souveränität auf jeden Fall erreichen, sei es mit friedlichen oder gewalttätigen Mitteln. In diesem Wahlkomitee war eine Wiederholung der revolutionären Barrikadenkämpfe vom 18. März nicht ausgeschlossen.

Die folgenden drei politischen Gruppen traten gegen diese Richtlinien des Wahlkomitees auf. Als Erstes ist das „Zentral=Komitee der Arbeiter“ zu nennen, das hauptsächlich die Handwerker repräsentierte und dem S.Born angehörte. Es trat dagegen auf, dass das Wahlkomitee nun das Schwergewicht auf die Straßenkämpfe verlagerte. Deshalb befürchtete es, dass die organisierte Bewegung mit diesen Aktionen durch gefährliche Demonstrationen zum Scheitern gebracht werden könnte. Es stand der Schaffung einer Volkssouveränität mit demonstrativen Mitteln der Straße letztlich ablehnend gegenüber. Die zweite Gruppe, die den Prinzipien des Wahlkomitees entgegentrat, war der von R.Prutz, K.Nauwerck und anderen repräsentierte „Konstitutionelle Klub“. Diese politische Gruppe befürwortete seit ihrer Gründung ein typisches „Justi-Milieu“, das auf Harmonie mit der Monarchie ausgerichtet war, und bestand nicht unbedingt auf einer Direktwahl der Abgeordneten. Ebenso wie das „Zentral=Komitee der Arbeiter“ zeigt sie sich ablehnend gegenüber Demonstrationen mit nicht friedlichen Mitteln.¹³ Folglich lehnt sie auch die weitere Entwicklung des Prinzips der Volkssouveränität ab. So sind die Mitglieder des „Zentral=Komitees der Arbeiter“ sowie des „Konstitutionellen Klubs“ im „Volks=Wahlkomitee“ in der Minderheit und verlassen den Versammlungsort. Als Mehrheit verbleiben die Mitglieder des „Politischen Klubs“. Aber auch vom „Politischen Klub“ treten einige theoretische

Führer vor den Demonstrationen am 20. April aus dem „Volks=Wahlkomitee“ aus. Dabei handelt es u.a. sich um den Vorsitzenden des „Politischen Klubs“, G.Jung. Er besteht lediglich auf einer Direktwahl der Abgeordneten für die Nationalversammlung, schließt aber die Anwendung nicht friedlicher Mittel zur Erreichung dieses Ziels aus. Sein Anspruch ruft heftige Diskussionen innerhalb des „Politischen Klubs“ hervor und wird am Ende ausgeschlossen. Später führt dies bis zur Frage der Namensänderung dieser politischen Gruppe. Die Hauptströmungen innerhalb dieses Klubs sowie des „Volks=Wahlkomitees“ stützten sich auf folgende Ideen. Höchstes Ziel war demnach die Realisierung der Volkssouveränität, sei es mit friedlichen oder nicht friedlichen Mitteln. Diese sollte nicht nur bei Wahlen eine Rolle spielen, sondern auch außerhalb der Nationalversammlung begründet werden.¹⁴ Wegen solcher Ideen verließen Vertreter des „Zentral=Komitees der Arbeiter“, des „Konstitutionellen Klubs“ und des gemäßigten Flügels des „Politischen Klubs“ die Sitzung, und die Mehrheit im „Volks=Wahlkomitee“ bestimmte drei neue Mitglieder. Unter diesen befand sich auch Edgar Bauer. Sein Name ist an dieser Stelle in der Berliner Revolutionsgeschichte erstmals deutlich festgehalten.¹⁵

Daher ist durchaus anzunehmen, dass er sich zu dieser Zeit, Ende April, im Rahmen der Ideen der Führungsgruppe des „Volks=Wahlkomitees“ bewegte. Denn es gilt als sicher, dass im Verlauf der Umorganisation dieses Wahlkomitees nur solche Personen als Ersatz aufgenommen wurden, die mit dem beabsichtigten politischen Standpunkt der Führungsgruppe übereinstimmten oder ihm ziemlich nahekamen. Dann kam der 20. April, der Tag der großen Demonstration. Dieser endete mit einem totalen Misserfolg: G.A.Schlöffel und andere, die an der Spitze dieser Aktion gestanden hatten, wurden festgenommen. E.Bauer entging der Verhaftung.

IV.

Die Klärung des politischen Standpunkts innerhalb des „Volks=Wahlkomitees“, d.h. der Ausschluss der Parlamentarismus-Fraktion, die die Schaffung der Volkssouveränität nur auf das Parlament beschränkte, führte zu einer organisatorischen Umgestaltung des Berliner „Politischen Klubs“. Der Reformflügel, der den Volkswillen lediglich auf die Beteiligung an der Nationalversammlung beschränken wollte, verlor aber letztendlich die Führung. Dagegen vertrat die Hauptgruppe den Standpunkt, dass die Begründung der Volkssouveränität nicht unbedingt auf die Wahl der Abgeordneten zur Nationalversammlung zu beschränken sei.¹⁶ Der Name des „Politischen Klubs“ wird in den „Demokratischen Klub“ umgewandelt. Diese erneut reorganisierte politische Gruppe geht über die bloße Forderung nach Realisierung des Republikanismus hinaus und fügt noch vom Standpunkt der Volkssouveränität eine grundlegende Kritik an der Regierung der Bourgeoisie und des Adels hinzu. Infolge dieser Radikalisierung des „Demokratischen Klubs“ steigt die Mitgliederzahl dieser Gruppe von 300 bei Gründung des „Politischen Klubs“ auf 1200 bis 1500 an.¹⁷ In den Zentralausschuss des „Demokratischen Klubs“ werden Vertreter der Hegelschen Linken wie L.Buhl und E.Meyen gewählt.

Jedoch wird E.Bauer für den Zeitraum von April bis Mai 1848 nicht in den Zentralausschuss gewählt. Es ist anzunehmen, dass er sich voll auf seine Aufgaben als Mitglied des „Volks=Wahlkomitees“ konzentrierte. Die eigentlichen Wahlen zur Nationalversammlung werden im Mai durchgeführt, und obwohl es sich um indirekte Wahlen handelt, erringen zahlreiche Vertreter des radikalen Flügels Sitze im Parlament. Es ist besonders erwähnenswert, dass auch Bruno Bauer, der jede politische Aktivität als

Störfaktor für die Reinheit der Theorie aus seinem eigenen theoretischen Rahmen ausgeschlossen hatte, bei der Wahl zur Berliner Nationalversammlung zum Stellvertreter gewählt wurde (Berlin, Wahlbezirk II).¹⁸

Danach sind von Mai bis Ende Juni die politischen Spuren E.Bauers in der Berliner Revolution nicht deutlich auszumachen. Selbstverständlich, „entwickelte Bauer innerhalb des ‚Demokratischen Klubs‘ eine lebhafte Aktivität, und es dauerte nicht lange, bis er Leiter von dessen revolutionären Flügel war.“¹⁹ Am 27. Juni tritt er das erste Mal offiziell als Redner auf.²⁰ Dies war auch der Tag, an dem E.Bauer zum ersten Videpräsidenten des „Demokratischen Klubs“ ernannt wurde. Obwohl er sich bei seiner Antrittsrede zum ersten Mal als Redner zeigt, äußert er neben seinen Dankesworten für die Wahl zum stellvertretenden Repräsentanten zu dieser Entscheidung folgendes: „Er(=Bauer) erklärte, dass er von nun an den Boden der praktischen Wirksamkeit betreten und seinen Weg ebenso konsequent verfolgen werde, wie er ihn bisher auf dem literarischen Gebiet verfolgt habe.“²¹ Das Mitglied des Zentralausschusses E.Meyen sagt in seiner Festrede zum Amtsantritt Edgar Bauers unter anderem folgendes: „Man war... allgemein erfreut darüber, dies zu vernehmen und Edgar Bauer ebenso trefflich, klar und entschieden sprechen zu hören, als man dies aus seinen Schriften gewohnt ist; es sprach sich von allen Seiten die Ansicht aus, dass ‚wenn Bauer künftig noch das volle Gewicht seiner Charakterfestigkeit in die Waagschale lege, ihm eine große Wirksamkeit bevorstehe.“²² Die in diesen Glückwünschen zum Ausdruck gebrachten Erwartungen an E.Bauer werden erfüllt. Er hinterlässt seitdem u.a. durch Reden auf Volksversammlungen, bei denen der „Demokratische Klub“ im Mittelpunkt steht, seine Spuren in der politischen Geschichte Berlins im Jahre 1848.

Jedoch fanden nicht alle Mitglieder dieser politischen Gruppe anlässlich der Übernahme des Amtes eines Videpräsidenten des „Demokratischen Klubs“ durch Edgar Bauer solch lobende Worte wie E.Meyen in seiner Festrede. Der gemäßigte Teil dieser politischen Gruppe, der die Demokratie auf die Direktwahl der Abgeordneten beschränkt, erhebt dagegen Einwände, dass die neue Exekutive, mit E.Bauer im Mittelpunkt, ohne Rücksicht auf realistische Mittel für eine radikale Durchsetzung der Volkssouveränität eintritt. Unmittelbar nach dem Amtsantritt Bauers als Videpräsident wird der „Demokratische Klub“ von der Krise einer Spaltung heimgesucht. Demgegenüber erklärt Bauer mit der Begründung des Vertrauensverlustes bei den Mitgliedern im Namen der neuen Exekutive seinen vollständigen Rücktritt.²³ Diese das politische Leben der neuen Exekutive aufs Spiel setzende Handlung endet mit einem Sieg über den gemäßigten Flügel; die Rücktrittserklärung wird widerrufen. Auf diese Weise gewinnt die neue Exekutive die Hegemonie innerhalb des „Demokratischen Klubs“ vom gemäßigten Flügel zurück und entwickelt einen konsequenten politischen Kampf gegen die monarchistische Souveränität.

Der politische Kampf fand hauptsächlich in Form von Reden auf spontan organisierten Volksversammlungen statt. Dabei stieg E.Bauer auch mehrmals auf das Podium. So betonte er zum Beispiel auf einer Feier zum Jahrestag des Sieges in den Befreiungskriegen gegen Napoleon, auf der viele Berliner Bürger „Vaterland und Gottes Gnade“ priesen, eine andere Bedeutung dieser Kriege. Die Soldaten hatten ihr Leben nicht für die Verteidigung der Monarchie, sondern für eine demokratische Vereinigung des in mehrere kleine Staaten gespaltenen Deutschlands aufs Spiel gesetzt. E.Bauer vertrat die Meinung, dass das Ziel dieser Kriege die Verwirklichung der Schlagwörter „Freiheit und

Einheit“ sei und die Freiheitsfackel auch in Berlin im Jahre 1848 wieder hochgehalten werden müsse.²⁴

Dieser radikalistische Republikanismus, mit E.Bauer im Mittelpunkt, festigt in der Folgezeit noch mehr seine politische Hegemonie innerhalb des „Demokratischen Klubs“. Etwa 2 Monate nachdem er Ende Juni das erste Mal zum Videpräsidenten gewählt worden war, wird er auf der Sitzung Ende August wieder ernannt.²⁵ Ausgehend von der Tatsache, dass in einem zeitlich so kurzen Abstand die Richtigkeit der Führung des „Demokratischen Klubs“ durch deren Mitglieder bestätigt wird, bleibt abzuwarten, welcher Demokratiebegriff sich dahinter verbirgt. Es lässt sich nämlich nicht leugnen, dass in gewissen politischen Gruppen das Verhältnis zwischen der Gruppe und deren Repräsentanten durch ein Denken geprägt ist, das den Vertretern von seiten der Gruppe eine Art Mandat gewährt.²⁶ Die politischen Gruppen, die die Demokratie in dieser Form auch innerhalb der Gruppe praktizieren, geben selbst nach außen häufig demokratische Erklärungen ab.

V.

Gleichzeitig stand dies in engem Zusammenhang mit der Aufstiegstendenz der Berliner Reformbewegung. Von Anfang Juli bis August wurden täglich Volksversammlungen abgehalten, die auch „Lindenrevolution“ oder „die Revolution der politischen Ecke“ genannt wurden. Diese politischen Versammlungen begannen immer abends um 21. 00 Uhr und dauerten bis tief in die Nacht. Dort stiegen verschiedene Redner ungezwungen auf das Podium und schwangen feurige Reden, bis sie von den Zuhörern heruntergezerrt wurden. Es ist unbestreitbar, dass auf solchen politischen Versammlungen die radikalen Äußerungen vorherrschend wurden. Die Unruhen in Preußens Hauptstadt dehnen sich auch auf die Städte in der Umgebung aus. Dies betrifft E.Bauer unmittelbar, als die Berliner Revolution das benachbarte Charlottenburg, seinen Geburtsort und Standort des königlichen Schlosses, erreicht. Der „Demokratische Klub“, der in Berlin die radikale republikanische Bewegung entwickelt, versucht nun, durch Gründung einer Filiale auch in Charlottenburg die Bewegung auszudehnen und zu verstärken. Die Gründungsversammlung wird am 20. August, einen Tag nach der Wiederwahl Bauers zum Videpräsidenten des Berliner „Demokratischen Klubs“, durchgeführt. Natürlich wird E.Bauer auch zum Videpräsidenten der Charlottenburger Filiale dieser politischen Gruppe gewählt. Außerdem wirken seine Brüder Bruno und Egbert als führende Organisatoren in dieser politischen Gruppe.²⁷ Allerdings gehört Charlottenburg als Residenz des Königs zu den Städten in der Umgebung Berlins, in denen der Einfluss der Royalisten besonders groß ist, und das Verfechten der republikanischen Ansichten ruft bei den Charlottenburger Bürgern Empörung hervor. Die etwa 60 Vereinsmitglieder, die an der Gründungsversammlung für die Charlottenburger Filiale des „Demokratischen Klubs“ teilgenommen hatten, werden nach der Versammlung von ungefähr 1000 aufgebracht Bürgern gewaltsam verfolgt. Die Fensterscheiben im Hause des Bruders Egbert, wo die Gründungsversammlung abgehalten worden war, werden zerschlagen. Edgar bleibt verschont, aber Bruno und Egbert werden wie viele andere Klubmitglieder verletzt.²⁸

Die Berliner waren natürlich entrüstet über diesen gewaltsamen Eingriff in die Versammlungsfreiheit durch die Charlottenburger Bürger. Allerdings waren diese Tumulte nicht nur eine Episode in der Berliner Revolutionsgeschichte, sondern schlossen noch ein anderes Problem ein. Die gewalttätigen Handlungen der Charlottenburger Bürger stellten einen Eingriff in die Vereinigungsfreiheit dar,

und die Bürgerwehr, die diese Freiheit eigentlich verteidigen sollte, sah der Gewalt tatenlos zu oder beteiligte sich überdies noch an den Handlungen der wütenden Menge. Angesichts dieser Lage reicht der Berliner „Demokratische Klub“ am nächsten Tag eine Petition an das Berliner Rathaus ein und bringt gleichzeitig durch die Organisation von Straßenversammlungen seinen Protest zum Ausdruck. Der „Demokratische Klub“ und auch E.Bauer begriffen dieses politische Chaos in Berlin als ein Fortschreiten der Revolution durch Straßenkämpfe. Am 22. August trägt E.Bauer bei einer Versammlung in der Berliner Leipziger Straße ein Plakat mit der Signatur des „Demokratischen Klubs“, das dazu aufruft, die Volkssouveränität durch Straßenkämpfe zu errichten.²⁹ Besorgt über eine solche von revolutionärer Atmosphäre erfüllten politischen Situation in Berlin, legt die Stadtverwaltung am 22. August einen Gesetzentwurf vor, mit dem die Durchführung von Volksversammlungen sowie die Gründung politischer Vereinigungen genehmigungspflichtig werden sollen. Daraufhin wird gegen E.Bauer und zwei weitere Aktivisten der Straße Haftbefehl wegen Aufwiegelung zu einer nicht genehmigten Volksversammlung erlassen. Aber die Polizei setzt in Edgar Bauers Berliner Wohnung nicht ihn, sondern eine andere Person fest. Er war zu diesem Zeitpunkt schon untergetaucht.³⁰

Es stand ihm nicht der Sinn danach, seine Zeit nochmals im Gefängnis zu verbringen, denn vor Ausbruch der Berliner Revolution hatte er hinreichend Erfahrungen eines Gefangenenlebens machen müssen. Danach ist er gezwungen, in Wien, Altona und andernorts ein Flüchtlingsleben zu führen. Das bedeutete aber nicht, dass er von seinem politischen Standpunkt zurückwich. Auch in den Exilorten wiederholt er seine Äußerungen vom Standpunkt der Volkssouveränität. Nicht nur während der Berliner Revolution ist er als Journalist für eine demokratische Einigung ganz Deutschlands aktiv. So war er beispielsweise in Wien, „wo er vermutlich nahe Kontakte zu denjenigen Revolutionären hatte, die zu dieser Zeit die österreichische Hauptstadt beherrschten.“³¹ In der republikanischen Zeitschrift „Kritischer Sprechsaal für die Hauptfragen der Österreichischen Politik“ veröffentlicht er einen Artikel unter der Überschrift „Aristokraten und Plebejer“, in dem er das aristokratische System einer scharfen Kritik unterzieht.³² Während der Berliner Revolution konnte er sich zwar nicht öffentlich als Führer präsentieren, aber hin und wieder trat er in der Revolutionszeit in Berlin inoffiziell auf. Dabei musste er auch mit eigenen Augen die Niederlage der Revolution erfahren.

Anmerkungen

-
- 1 A.Herrmann: Berliner Demokraten. Berlin 1948, S.101.
 - 2 Vgl. I.Tamura: „Die Entwicklung des jungen Edgar Bauer 1844-1847. Die Rezeption der reinen Kritik und die Bedeutung der Studien zur deutschen und französischen Aufklärung“. In: Hrsg. v.L. Lambrecht: Philosophie, Literatur und Politik vor den Revolutionen von 1848. Zur Herausbildung der demokratischen Bewegungen in Europa. Frankfurt a.M. u. Berlin 1996, S.347.
 - 3 Vgl. [E.Bauer]: „Proudhon“. In: Allgemeine Literatur-Zeitung. Monatsschrift. Hrsg.v. B.Bauer. Charlottenburg 1844. H.5, S.42.
 - 4 Adresse von E.Bauer im Jahre 1848 war Fridrich Str.8. Vgl. E.Barnikol: Klassifikation des Universums von Wilhelm Weitling. Kiel 1931, S.51.
 - 5 Vgl. A.Wolff: Berliner Revolutions-Chronik. Darstellung der Berliner Bewegung im Jahre 1848. Bd.1. Berlin 1852 [Neudruck: Leipzig 1979], S.15.
 - 6 Vgl. Ebenda, S.16ff.
 - 7 Vgl. Augsburger Allgemeine Zeitung. Beilage v.Nr.113,22.4.1848, S.1.
 - 8 J.Hoppe: Aufforderung zur Bildung eines politischen Klubs. In: Flugblätter der Revolution. Hrsg.v.K. Obermannn.Berlin 1970, S.123f.

- 9 A.Wolff: Berliner Revolutions-Chronik, a.a.O., Bd.1, S.448.
- 10 Vgl. Trier'sche Zeitung. 23.4.1848, S.2.
- 11 Vgl. A.Wolff: Berliner Revolutions-Chronik, a.a.O., Bd.2, S.209f.
- 12 Ebenda, Bd.2, S.242.
- 13 Vgl. Ebenda, Bd.2, S.212.
- 14 Vgl. J.Paschem: Demokratische Vereine und Preußischer Staat. München u.Wien 1977, S.35.
- 15 Vgl. A.Wolff: Berliner Revolutions-Chronik, a.a.O., Bd.2, S.213.
- 16 Vgl. Ebenda, S.190.
- 17 Vgl. Trier'sche Zeitung. Nr.224,11.8.1848, S.2.
- 18 Vgl. A.Wolff: Berliner Revolutions-Chronik, a.a.O., Bd.2, S.430.
- 19 E.Gamby: Edgar Bauer. Junghegelianer, Publizist und Polizeiagent. Trier 1985, S.24.
- 20 Vgl. A.Wolff: Berliner Revolutions-Chronik, a.a.O., Bd.3, S.505.
- 21 Ebenda.
- 22 Ebenda.
- 23 Vgl. Berliner Zeitungs-Halle. 6.7.1848.
- 24 Vgl. Vossische Zeitung, Nr.182,8.8.1848.
- 25 Vgl. Trier'sche Zeitung. Nr.236,23.8.1848, S.1.
- 26 Vgl. J.Paschem: Demokratische Vereine und Preußischer Staat, a.a.O., S.36.
- 27 Vgl. Augsburger Allgemeine Zeitung. 26.8.1848, S.3810.
- 28 Vgl. Berliner Nachricht. Nr.195,22.8.1848, S.1.; R.Springer: Berlin's Straßen, Kneipen und Clubs in Jahre 1848, a.a.O., S.205ff.; R.Genée: Zeiten und Menschen. Erlebnisse und Meinungen. Berlin 1897, S.112f.
- 29 Vgl. A.Streckfuß: 1848. Die März-Revolution in Berlin. Köln 1983, S.463.
- 30 Vgl. Frankfurter Journal. 3.Beilage v.29.8.1848, S.2.; Augsburger Allgemeine Zeitung. Nr. 245,1.9.1848, S.3901.
- 31 E.Gamby: Edgar Bauer, a.a.O., S.28.
- 32 Vgl. E.Bauer: „Aristokraten und Plebejer“. In: Kritischer Sprechsaal für die Hauptfragen der Österreichischen Politik. Hrsg.v.H.Jellinek. Wien 1848. H.3, S.7-10.

Verfasser Ichiro Tamura

Prof. Dr. phil., geb.1958 in Japan(Bezirk: Kagawa). Professor an der Pädagogischen Hochschule zu Hokkaido. Thematische Schwerpunkte und Veröffentlichungen: zur politischen Philosophie (Junghegelianismus, insbesondere Edgar Bauer, Karl Nauwerck, Karl Schmidt) und zur politischen Theorie (Wohlfahrtsstaat)

E.Mail: tamura@cc.hokkyodai.ac.jp

函館校 助教授